

ELTERNRECHT FÜR HOMOSEXUELLE

Frauenpaar wünscht sich ein Kind

Tanja Graf und Nicole Anutha sind ein Paar und wollen ein Kind – daher suchen sie übers Internet einen Mann. Sobald das Kind auf der Welt ist, wird die Rechtslage schwierig: Anutha wird nicht als zweite Mutter angesehen.

«Mutter, das ist meine Freundin, ich bin lesbisch», sagte Tanja Graf vor rund sieben Jahren am Familientisch. Die Mutter brachte keinen Ton heraus. Der Vater hatte es schon lange vermutet und sagte: «Wenigstens ist deine Freundin nicht hässlich.»

Tanja Graf und Nicole Anutha müssen lachen, als sie sich an diesen Moment erinnern. Dieses Bekenntnis war für Graf schwierig. Obwohl sie immer wieder Anspielungen gemacht habe, seien die Zeichen ignoriert worden. «Man wollte es einfach nicht wahrhaben», sagt Graf. Bei Anutha war es unkomplizierter. «Ist in Ordnung», meinte Anuthas Mutter.

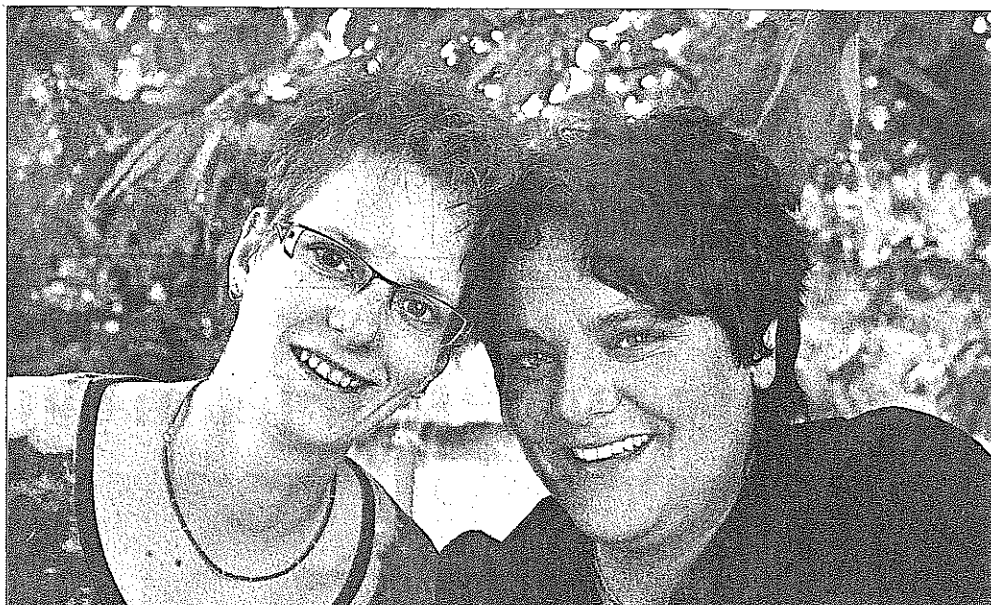
Tanja Graf und Nicole Anutha lieben sich. Sie wollen heiraten.

«Wenn wir einen Jungen haben, wie soll ich ihm zeigen, wie man sich rasiert?»

Tanja Graf

Und sie wollen ein Kind. Doch die Rechtslage wird schwierig werden. Stirbt beispielsweise die leibliche Mutter, wird die Partnerin nicht als Elternteil angesehen. Die gestern überreichte Petition «Gleiche Chancen für alle Familien» will deshalb die rechtliche Gleichstellung schwuler und lesbischer Paare mit heterosexuellen Ehepaaren (siehe Kasten).

Graf und Anutha suchen



Inkwil: Nicole Anutha und Tanja Graf (v.l.n.r.) wollen zusammen eine Familie gründen.

Walter FÜRST

brauchen. Es gibt Männerprobleme, die sie nicht verstehen können. «Auch für das Kind wäre es einfacher», sagt Anutha.

Die Suche nach einem geeigneten Vater erweist sich jedoch als schwierig. «Wir gehen mit einem Mann ein Dreiergespann ein. Und da müssen wir alle mit-

einander auskommen», sagt Anutha. Die zwei Frauen haben sich dreimal mit potenziellen Männern getroffen und wurden zweimal enttäuscht. Den dritten wollen sie näher kennenlernen. «Wir suchen einen Mann, der mit beiden Beinen im Leben steht, der Spass versteht und un-

kompliziert ist», sagt Graf, Anutha nickt. Graf wollte schon immer Kinder. Bereits als Kind träumte sie von einer Familie. Anutha entwickelte ihren Kinderwunsch erst in der Beziehung mit Graf. «Ich wurde angesteckt», sagt sie mit einem schelmischen Grinsen. Das Paar lebt

seit rund sechs Jahren zusammen mit zwei Katzen in Inkwil – einem Dorf in der Nähe von Herzogenbuchsee mit rund 600 Einwohnern. Dass Graf und Anutha lesbisch sind, weiss vermutlich das ganze Dorf. «Wir verstecken uns nicht», sagt Anutha und haut mit der Faust auf den Tisch. Als Graf und Anutha als Paar durchs Dorf spazierten, hätten sie anfänglich viele misstrauische Blicke gespürt. Heute ist das nicht mehr so. «Es wird zwar noch viel hinter dem Rücken gesprochen, aber die Leute mögen uns», sagt Anutha.

Die Eltern von Graf wohnen gleich nebenan und haben mit der lesbischen Beziehung zwischen den beiden Frauen kein Problem mehr; ihrem Kinderwunsch stehen sie jedoch ein wenig skeptisch gegenüber. «Aber meine Grossmutter findet das super», sagt Graf.

PETITION «GLEICHE CHANCEN FÜR ALLE FAMILIEN»

20 000 Unterschriften für Adoption

In der Schweiz wachsen schätzungsweise 10 000 Kinder mit lesbischen und schwulen Eltern auf. Gestern wurde die Petition «Gleiche Chancen für alle Familien» dem Parlament übergeben. Die Petitionäre wollen die rechtliche Gleichstellung schwuler und lesbischer Paare mit heterosexuellen Ehepaaren. Eine weitere Forderung ist die Aufhebung des im Bundesgesetz verankerten

lamentärer zum Urdenken anregen. Auf die Frage, weshalb nicht eine Initiative lanciert wurde, sagt Kaderli: «Zum jetzigen Zeitpunkt wären wir chancenlos gewesen.» Viele Schweizer hätten immer noch Vorurteile gegenüber schwulen und lesbischen Eltern. Mit der Petition könne man den «Puls der Gesellschaft fühlen» und die politische Gesinnung der

Frage nach der Adoption bei der Initiative zum Partnerschaftsgesetz, die 2005 angenommen wurde, weggelassen.

Zusammen mit der Schwulenorganisation Pink Cross und der Organisation für Lesben, Les, wurden in verschiedenen Schweizer Städten rund 20 000 Unterschriften für die Petition gesammelt. Gemäss Pink Cross und Leswüelen, zwei Drittel der

In Kürze

JUNGE SVP

Lehrer sollen «Vorbilder» sein

Nach Berichten dieser Zeitung über zwei dubiose Lehrer fordert nun die Junge SVP Massnahmen. Datenschutz dürfe kein Feigenblatt sein für Rechtsbrüche und unsittliches Verhalten. Beide Fälle müssten untersucht werden. Die Praxis beim Verfügen von Berufsverbots sei zu wenig restriktiv. Die Junge SVP fordert: «Lehrer müssen Vorbilder und über jeden Zweifel erhaben sein.» rgw

PARLAMENT

Einheitliche Energieetikette

Verlangen Kantone Energieetiketten für Gebäude, müssen diese schweizweit einheitlich gestaltet sein. Der Nationalrat ist gestern Bundesrat und Ständerat gefolgt und hat eine entsprechende Anpassung des Energiegesetzes abgesegnet. Zwar haben die Kantone von sich aus bereits einen einheitlichen Gebäudeenergieausweis geschaffen. Mit der Vorschrift, dass er einheitlich ausgestaltet sein muss, will der Bund verhindern, dass ein Kanton plötzlich doch noch ausscheidet. sda

SWISS LABEL

Lustenberger ist Präsident

Der Luzerner CVP-Nationalrat Ruedi Lustenberger wurde zum Präsidenten von Swiss Label, der Gesellschaft zur Promotion von Schweizer Produkten und Dienstleistungen mit dem Armbrustzeichen, gewählt. Er ist der Nachfolger von SVP-Nationalrat Bruno Zuppiger. sda

PARLAMENT

Kormorane: Verjagen erlaubt

Das Parlament will die Ausbreitung des Kormorans auf Schweizer Seen bremsen. Berufsfischer werden für Schäden

Anspielungen gemacht haben, seien die Zeichen ignoriert worden. «Man wollte es einfach nicht wahrhaben», sagt Graf. Bei Anutha war es unkomplizierter. «Ist in Ordnung», meinte Anuthas Mutter.

Tanja Graf und Nicole Anutha lieben sich. Sie wollen heiraten.

«Wenn wir einen Jungen haben, wie soll ich ihm zeigen, wie man sich rasiert?»

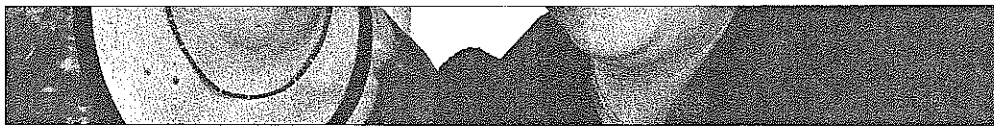
Tanja Graf

Und sie wollen ein Kind. Doch die Rechtslage wird schwierig werden. Stirbt beispielsweise die leibliche Mutter, wird die Partnerin nicht als Elternteil angesehen. Die gestern überreichte Petition «Gleiche Chancen für alle Familien» will deshalb die rechtliche Gleichstellung schwuler und lesbischer Paare mit heterosexuellen Ehepaaren (siehe Kasten).

Graf und Anutha suchen übers Internet in Bern einen Vater. Keinen anonymen, sondern einen, der für die Kinder da ist. «Wenn wir einen Jungen haben, wie soll ich ihm zeigen, wie man sich rasiert?», sagt Graf.

Kinder brauchen Väter

Das lesbische Paar ist der Meinung, dass Kinder einen Vater



Inkwil: Nicole Anutha und Tanja Graf (v.l.n.r.) wollen zusammen eine Familie gründen.

Valter Pfäffli

brauchen. Es gibt Männerprobleme, die sie nicht verstehen können. «Auch für das Kind wäre es einfacher», sagt Anutha. Die Suche nach einem geeigneten Vater erweist sich jedoch als schwierig. «Wir gehen mit einem Mann ein Dreiergespann ein. Und da müssen wir alle mit-

einander auskommen», sagt Anutha. Die zwei Frauen haben sich dreimal mit potenziellen Männern getroffen und wurden zweimal enttäuscht. Den dritten wollen sie näher kennenlernen. «Wir suchen einen Mann, der mit beiden Beinen im Leben steht, der Spass versteht und un-

kompliziert ist», sagt Graf, Anutha nickt. Graf wollte schon immer Kinder. Bereits als Kind träumte sie von einer Familie. Anutha entwickelte ihren Kinderwunsch erst in der Beziehung mit Graf. «Ich wurde angesteckt», sagt sie mit einem schelmischen Grinsen. Das Paar lebt

seit rund sechs Jahren zusammen mit zwei Katzen in Inkwil – einem Dorf in der Nähe von Herzogenbuchsee mit rund 600 Einwohnern. Dass Graf und Anutha lesbisch sind, weiss vermutlich das ganze Dorf. «Wir verstecken uns nicht», sagt Anutha und haut mit der Faust auf den Tisch. Als Graf und Anutha als Paar durchs Dorf spazierten, hätten sie anfänglich viele misstrauische Blicke gespürt. Heute ist das nicht mehr so. «Es wird zwar noch viel hinter dem Rücken gesprochen, aber die Leute mögen uns», sagt Anutha.

Die Eltern von Graf wohnen gleich nebenan und haben mit der lesbischen Beziehung zwischen den beiden Frauen kein Problem mehr; ihrem Kinderwunsch stehen sie jedoch ein wenig skeptisch gegenüber. «Aber meine Grossmutter findet das super», sagt Graf.

Ein leeres Zimmer

«Das wird das Kinderzimmer», erklärt Graf, lehnt den Kopf leicht zurück und beginnt zu lächeln – als würde sie in Gedanken das leere Zimmer einrichten. Anutha tritt ein, legt den Arm um Graf und sagt: «Wir sind genauso verrückt wie alle anderen auch.» GUY HURACEK

PETITION «GLEICHE CHANCEN FÜR ALLE FAMILIEN»

20 000 Unterschriften für Adoption

In der Schweiz wachsen schätzungsweise 10 000 Kinder mit lesbischen und schwulen Eltern auf. Gestern wurde die Petition «Gleiche Chancen für alle Familien» dem Parlament übergeben. Die Petitionäre wollen die rechtliche Gleichstellung schwuler und lesbischer Paare mit heterosexuellen Ehepaaren. Eine weitere Forderung ist die Aufhebung des im Bundesgesetz verankerten Adoptionsverbots. «Schwule und Lesben werden diskriminiert, da sie aufgrund ihrer sexuellen Orientierung von der Adoption ausgeschlossen werden», sagt Eva Kaderli, Mitinitiantin der Petition und Co-Präsidentin des Vereins Familienchancen. Kaderli will die Bundesräte und die Par-

lamentarier zum Umdenken anregen. Auf die Frage, weshalb nicht eine Initiative lanciert wurde, sagt Kaderli: «Zum jetzigen Zeitpunkt wären wir chancenlos gewesen.» Viele Schweizer hätten immer noch Vorurteile gegenüber schwulen und lesbischen Eltern. Mit der Petition könne man den «Puls der Gesellschaft fühlen» und die politische Gesinnung der Leute besser abschätzen, sagt Kaderli. Die Zürcher Hebamme will die Bevölkerung schrittweise auf die Regenbogenfamilien – lesbische und schwule Paare mit Kindern – sensibilisieren und nicht mit einem grossen Schritt überfordern. Aus den gleichen taktischen Gründen wurde die

Frage nach der Adoption bei der Initiative zum Partnerschaftsgesetz, die 2005 angenommen wurde, weggelassen. Zusammen mit der Schwulenorganisation Pink Cross und der Organisation für Lesben, Los, wurden in verschiedenen Schweizer Städten rund 20 000 Unterschriften für die Petition gesammelt. Gemäss Pink Cross und Los würden zwei Drittel der Schweizer ein Adoptionsrecht für Homosexuelle befürworten. An das Sammeln der Unterschriften erinnert sich Kaderli gerne: «Viele Leute hatten gar nicht gewusst, dass homosexuelle Paare keine Kinder adoptieren dürfen. Sie waren entsetzt und haben gleich unterschrieben.» gh

6. IV-REVISION IM STÄNDERAT

Der Staat darf Hörgeräte einkaufen

16 500 IV-Rentner sollen in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden. Doch mehr zu reden im Ständerat gaben die Hörgeräte.

Die IV muss ab 2018 jährlich 1,1 Milliarden Franken sparen. In jenem Jahr wird die befristete Zusatzfinanzierung via Mehrwertsteuer auslaufen. Wie diese 1,1 Milliarden eingespart werden sollen, ist noch offen. Bekannt ist nur, wie der Bundesrat 500 Millionen einzusparen gedenkt: Je 230 Millionen mit der Eingliederung von rund 16 500 IV-Rentnern in den Arbeitsprozess und mit der Einführung eines neuen Finanzierungsmechanismus.

Weitere 35 bis 50 Millionen Franken sollen mit Hilfsmitteln eingespart werden.

Umstrittener Staatseinkauf Just diese Hilfsmittel, welche das geringste Sparpotenzial aufweisen, gaben gestern im Ständerat am meisten zu reden. Dem Bundesrat soll nämlich mit dem revidierten IV-Gesetz die Möglichkeit gegeben werden, selber Hilfsmittel einzukaufen (Ausgabe vom 8. Juni 2010).

Schon im Vorfeld entstand eine heftige Debatte über den geplanten Staatseinkauf. Dieser wurde gestern nicht gross bestritten. Eine bürgerliche Minderheit, die ihn nur als Ultimo Ratio eingesetzt wissen wollte,

fand keine Mehrheit. Dass der bürgerlich dominierte Ständerat ein planwirtschaftliches Instrument einführt, erklärt sich mit dem Umstand, dass der Markt bei gewissen Hilfsmitteln nicht

«Wie wir wissen, haben wir massiv überhöhte Preise am Schweizer Markt zulasten der IV.»

Eugen David (CVP, SG)

zu funktionieren scheint. Dies gilt insbesondere bei den Hörgeräten, wo das grösste Sparpoten-

zial ausgelotet wird. «Ein Gerät, dessen Herstellungskosten in China 50 Franken betragen, wird hier für über 2000 Franken verkauft. Da muss man Massnahmen ergreifen», sagte Christine Egerszegi (FDP, AG).

Statt die Hilfsmittel selber einzukaufen, könnte der Bundesrat auch Pauschalbeträge festsetzen. Dieses Mittel hat er schon heute. Offensichtlich hat hier das Bundesamt für Sozialversicherungen gewisse Aufgaben vernachlässigt. Wenn eine Sozialdemokratin sagt, die Pauschalen seien zu hoch, so will das etwas heissen. Simonetta Sommaruga (SP, BE) wörtlich: «Ich bitte Sie, Herr Bundesrat, die Möglichkeiten, die in Ih-

rer Kompetenz liegen, doch auch auszuschöpfen. Es geht auch hier um übersetzte Preise. Wir haben das Geld nicht, um überhöhte Preise zu bezahlen.»

«Ein sportliches Ziel»

Ein grösseres Sparpotenzial als bei den Hilfsmitteln ortet der Bundesrat bei der Integration von IV-Rentnern. Die geplante Eingliederung von 16 500 IV-Rentnern bezeichnete Anita Felz (SP, BS) als «sportlich»; Liliane Maury Pasquier (SP, GE) als «unrealistisch». Behindertenorganisationen sprechen von einer «Illusion, wenn Arbeitgeber nicht bereit sind, gesundheitlich beeinträchtigte Personen anzustellen.» CLAUDE CHATELAIN

energieeffiziente Anpassung des Energiegesetzes abgesegnet. Zwar haben die Kantone von sich aus bereits einen einheitlichen Gebäudeenergieausweis geschaffen. Mit der Vorschrift, dass er einheitlich ausgestaltet sein muss, will der Bund verhindern, dass ein Kanton plötzlich doch noch ausschert. sda

SWISS LABEL

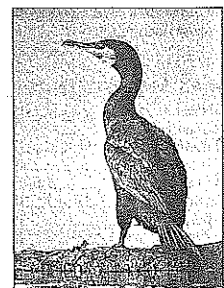
Lustenberger ist Präsident

Der Luzerner CVP-Nationalrat Ruedi Lustenberger wurde zum Präsidenten von Swiss Label, der Gesellschaft zur Promotion von Schweizer Produkten und Dienstleistungen mit dem Armbrustzeichen, gewählt. Er ist der Nachfolger von SVP-Nationalrat Bruno Zuppiger. sda

PARLAMENT

Kormorane: Verjagen erlaubt

Das Parlament will die Ausbreitung des Kormorans auf Schweizer Seen bremsen. Berufsfischer werden für Schäden an den Fanggeräten nicht entschädigt, dürfen die Fisch fres-



Kormorane sollen sich auf Seen nicht zu wohl fühlen.

senden Vögel aber verjagen. Diesem Kompromissvorschlag des Ständerates hat der Nationalrat gestern zugestimmt. sda

THUN/INTERLAKEN

Neuer Lehrgang für Tourismus

Neu werden Sachbearbeiter-Lehrgänge im Bereich Tourismus angeboten. Sie starten Mitte August in Luzern, Baden, Interlaken und Thun. Dies teilte der Anbieter edupool.ch mit. Sachbearbeiter-Ausbildungen sind eine neuere Ausbildungsstufe zwischen Berufslehre und Fachausweis. mic